Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau : zur Chronik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zu erklären ist. An dem jenem andern unmittelbar folgenden Eisenbahnunglück in Oerlikon bei Zürich hat nach allgemeiner Ueberzeugung die Schuld eine Sparwut, die über dem Gelde den Menschen vergißt. Und die grenzenlos töricht ist! Rusch hat ausgerechnet, daß man nur mit den Kosten des Eisenbahnunglücks von Luzern zehn Jahre lang alle Schnellzüge mit zwei Mann ausrüsten könnte. Der Dienst der Dämonen ruiniert alle Güter der Erde und auch sich selbst.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Absturz des schweizerischen Fliegers Cuendet und vor allem die Katastrophe der „Atlantique", der eine Reihe von ähnlichen vorausgegangen ist. Wer auch nur auf einem der frühern, noch lange nicht mit dem Luxus der jetzigen ausgestatteten Riesendampfer über den Ozean gefahren ist, der weiß, wie dieser Luxus der Ausstattung und diese Verschwendung im Essen und Trinken, neben dem ganzen übrigen Tun und Treiben, das sich auf einem solchen Schiffe zu entfalten pflegt, die Dämonen herausfordern. Diese Katastrophen werden ganz besonders zum Symbol des Zusammensturzes einer ganzen von Gott abgekommenen Zivilisation.

11. Januar 1933. *Leonhard Ragaz.*

Rundschau

Zur Chronik.

I. *Weltpolitisches.* Die Konvention betreffend die *Hilfsaktion des Völkerbundes* für finanziell schwache Staaten bei großen *Unglücksfällen* ist nun von 27 Staaten ratifiziert und damit in Kraft getreten.

Mexiko ist aus dem Völkerbund ausgetreten, angeblich aus Ersparnisrücksichten, in Wirklichkeit wohl aus sozialistisch begründeter Opposition. Es besteht aber die zweijährige Wartefrist.

In *Rumänien* und *Bulgarien* finden Regierungskrisen statt. In *Belgien* haben Katholiken und Liberale ein neues Koalitionsministerium gebildet.

Zwischen *Deutschland* und *Frankreich* ist ein Handelsvertrag zustande gekommen, der als für beide Teile günstig gilt und von dem man versöhnende Wirkungen erwartet.

In *Kaschmir* und im Staate *Alwar* in Indien haben Aufstände der Mohammedaner und in *Bombay* schwere Kämpfe zwischen diesen und den Hindus stattgefunden. Was dahinter steht, weiß man nicht genau.

II. *Friedens- und Abrüstungsbewegung.* In Deutschland wird die sogenannte *Luft- und Gasschutzbewegung* mit großem Eifer betrieben. Dahinter steckt zum Teil die Rüstungsindustrie, zum Teil überhaupt die Absicht, die Aufrüstungsstimmung zu verstärken, indem die Bevölkerung einerseits durch die Luftgefahr erschreckt und von der Notwendigkeit einer starken Armee überzeugt und andererseits darüber beruhigt wird, indem man ihr die Möglichkeit eines solchen Schutzes vortäuscht.

Die *Rüstungsindustrie* gedeiht im übrigen glänzend. Ihre Aktien und Dividenden stehen am allerhöchsten. Auch die *schweizerischen* Unternehmungen dieser Art werden aus Südamerika und Asien mit Aufträgen völlig überschüttet. Be-

ſonderes Auffehen erregt eine durch die „Wiener Arbeiterzeitung“ aufgedeckte gewaltige Waffenſchiebung aus Italien nach Ungarn, *durch Vermittlung der Solothurner Waffenfabrik.* Herrliche Ausſichten und wunderbare Neutralität!

Die *„Neue Zürcher Zeitung“* hat (wie auch anderwärts erwähnt iſt) zwiſchen Weihnachten und Neujahr eine Verteidigung des Munitions- und Waffenhandels nach dem Ausland gebracht, die an Niederträchtigkeit der Begründung ein non plus ultra erreicht.

Präſident *Hoover* möchte bis zu einem *Verbot* der *Waffen- und Munitionslieferungen* fortſchreiten. Daran verhindert, verlangt er wenigſtens eine ſtarke Einſchränkung.

Die zwei großen *Internationalen der Kriegsopfer,* die 7½ Millionen Mitglieder zählen, wollen eine große Manifeſtation gegen den Krieg vorbereiten, welche auf die Abrüſtungskonferenz wirken ſolle.

Sechzehn deutſche Friedensgeſellſchaften erlaſſen eine Erklärung gegen die *Aufrüſtung,* der Landesverband Großhamburg der Allgemeinen Freien Lehrergewerkſchaft Deutſchlands eine gegen den *Gasſchutzſchwindel* und eine ganze Reihe von deutſchen und öſterreichiſchen Friedensorganiſationen und Friedensbewegungen ſolche gegen den Milizbetrug.

Der *deutſche Evangeliſche Friedensbund* (Präſident: Pfarrer *Karl Schmidt* in *Berlin)* erweitert ſich langſam. Es ſind ihm bisher 400 Männer und Frauen ausdrücklich beigetreten. Seine bedeutendſten Zentren ſind bisher Berlin, Halle und Königsberg.[1])

In Amerika iſt eine *Grüne Internationale* entſtanden, die ſich die Propaganda der *Dienſtverweigerung* zum Ziele ſetzt. (Der Name kommt daher, daß die Mitglieder ein grünes Hemd tragen.) Bekanntlich gibt es ſchon eine *Internationale der Dienſtverweigerer,* die ihren Sitz in Enfield (England) hat und von der die „Neuen Wege“ ſchon oft berichtet haben.

Die *Heizer* auf den *kolumbiſchen Kriegsſchiffen* verweigern aus Oppoſition gegen den drohenden Krieg den Dienſt. (Wirklich aus Oppoſition gegen den *Krieg*?)

Der Chauffeur *Auguſt Jäger* in Erfurt iſt zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er am 14. April 1915 bei Langemark (in Flandern) zum Feinde übergelaufen ſei und ihm den geplanten großen deutſchen Gasangriff verraten habe, übrigens ohne Erfolg. Und die großen Menſchenſchlächter, die viele Hunderttauſende von Leben auf dem Gewiſſen haben?

III. *Soziale Bewegung und Sozialismus.* 1. Die Arbeitsloſigkeit iſt in Deutſchland auf etwa 8 Millionen, in der Schweiz auf etwa 70 000 geſtiegen, wobei in beiden Fällen die noch größere Zahl der Kurzarbeiter nicht eingerechnet iſt.

In Oeſterreich (Oſtſteiermark) und in Italien (Saſſano, im Süden) iſt es zu *ſchweren Bauernrevolten* gekommen. Die ſchweizeriſche Bundesverſammlung hat von neuem Hilfsmaßnahmen für die *Kleinmeiſter in der Uhrenindu*ſtrie und die *Milchproduzenten* (worunter aber nicht die *Kühe* zu verſtehen ſind!) beſchloſſen. Gegen die *erhöhte Beſteuerung* von *Kaffee* und *Tee* ſetzen ſich die Konſumenten, beſonders die Arbeiterorganiſationen, zur Wehr. Auch eine *Erhöhung der Tabakſteuer* iſt im Werke.

Die Konferenz des Arbeitsamtes in Genf verhandelt auch die *Vierzigſtundenwoche.*

2. In *Rußland* gehen bedeutſame Entwicklungen vor ſich. Es werden ſtrenge Maßregeln gegen Arbeiter ergriffen, welche bei der Arbeit läſſig ſind. Schon ein einmaliges Fernbleiben ohne genügenden Grund wird mit Entlaſſung beſtraft. Zwanzig Prozent aller Beamten und Angeſtellten iſt gekündigt worden. (Es gibt inſofern auch in Rußland eine Arbeitsloſigkeit.) Von der Einführung des Leiſtungslohnes iſt ſchon früher berichtet worden. Eine große Säuberungsaktion entfernt hunderttauſende von Verdächtigen (beſonders im Nordkaukaſus) aus der Partei.

---

[1]) Von der *katholiſchen* radikalen Friedensbewegung ſoll ſobald als möglich einmal ein zuſammenfaſſender Ueberblick gegeben werden.

Am Rätekongreß hält *Stalin* eine wichtige Rede. Er gibt zu, daß der Fünfjahrplan nur teilweise ausgeführt worden, die Kollektivierung der Landwirtschaft (die 60 Prozent der Bauern erfaßt) übereilt worden und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidern und andern Gebrauchsgegenständen ungenügend sei. Daran trage die Hauptschuld der Umstand, daß besonders wegen der Kriegsgefahr im Osten die Großindustrie sich vier Monate lang vorwiegend mit Rüstungsarbeit habe beschäftigen müssen. „Jetzt sind wir gerüstet." Besonders wichtig ist die Erklärung, daß überhaupt die Angst vor einem Angriff der „imperialistischen Mächte" und die Schaffung einer genügenden Kriegsindustrie das Hauptmotiv der raschen Industrialisierung Rußlands (und also auch des Fünfjahrplanes) gewesen sei. Jetzt könne das Tempo verlangsamt und mehr Rücksicht auf die Versorgung der Bevölkerung genommen werden.

Die *sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages* hat beschlossen, die Regierung zu einer entschiedeneren Haltung ihrer Vertreter in den Völkerbundsorganen gegenüber *Japan* aufzufordern.

Die genaue Stimmenzahl, die *Norman Thomas*, der sozialistische Präsidentschaftskandidat in den Vereinigten Staaten erhalten hat, ist endlich festgestellt worden. Sie beträgt 881 951.

Die schweizerische Initiative für eine *Krisensteuer* hat schon gegen 200 000 Unterschriften, eine verhältnismäßig sehr große Zahl, erreicht. Das Referendum gegen den *Lohnabbau* ist im Gange und wird wohl auch große Zugkraft haben.

Etwas Menschliches, oder auch Unmenschliches: *Trotzkys* Tochter, Frau Wolkow, mit ihrem sechsjährigen Sohne in der Nähe von Berlin wohnend (ihr Mann lebt als Verbannter irgendwo in Sibirien) hat sich aus Angst vor der drohenden Ausweisung in schwerer Erschöpfung der Nerven das Leben genommen. Die ganze Trotzky-Hetze der bürgerlichen Welt, die diesen Mann wie ein wildes Tier behandelt, ist etwas vom Schändlichsten, was man in diesen Tagen erlebt, möge man über Trotzky denken, wie man wolle.

IV. *Schweizerisches.* Die *faschistischen Umtriebe* von Italien her beunruhigen fortwährend den Kanton *Tessin.* Eine arge Spitzelaffäre hat letzthin Aufsehen erregt. Wenn der Bundesrat gegen den Faschismus die gleiche starke Hand zeigte, wie gegen den Kommunismus (und Antimilitarismus), dann wäre das längst anders.

V. *Kulturelles.* Die *Türkei* wolle gegen den Handel mit *Betäubungsmitteln* energisch vorgehen. Wirklich?

Gegen *Einsteins* neue Einreise nach den Vereinigten Staaten, wo er für einige Monate eine Professur bekleidet, haben „patriotische" Frauenvereine daselbst wegen seinem Antimilitarismus und Sozialismus protestiert. Ohne Erfolg allerdings. (Die Vaterländische Vereinigung möge ihnen ein Beileidstelegramm schicken!)

Mit der Abschaffung der *Prohibition* geht es nicht so schnell. Es findet sich nicht die nötige Zweidrittelmehrheit der Kammern. Merkwürdig und beschämend bleibt doch, daß das amerikanische Volk jetzt, in seiner furchtbaren Wirtschaftskrise, nichts Wichtigeres zu begehren haben sollte, als möglichst bald wieder trinken zu dürfen.

In *Polen* schränkt die Diktatur die akademische Freiheit ein.

In der englischen Kolonie *Kennya* (Ostafrika) sind auf den Feldern, die man den Eingeborenen angewiesen, *Goldlager* entdeckt worden. Schleunigst vertreibt man die bisherigen Besitzer.

12. Januar.

Ein Feldzug gegen den religiösen Sozialismus. Zu dem, was Lejeune in der letzten Nummer über den Feldzug, den Professor *Günther Dehn* im Sommer gegen den religiösen Sozialismus unternommen hat, ausführt, möchte ich nur noch ein paar Bemerkungen fügen.

Professor Günther Dehn, der durch die Anfechtung von Seiten der Nationalisten wegen seiner, übrigens sehr wenig entschiedenen oder gar heroischen

Stellung zum Kriege vielen bekannt geworden ist, hat auf Einladung der Studentenschaften der betreffenden Städte letzten Sommer in Zürich, Basel und Bern einen Vortrag über „*Christentum und Sozialismus*" gehalten. Offenbar war das Ganze als Feldzug gegen den religiösen Sozialismus, speziell den schweizerischen, geplant. Ob es gerade von sehr viel Takt zeugt, wenn ein deutscher Professor nach der Schweiz kommt, um eine schweizerische Bewegung zu bekämpfen, und zwar in Vorträgen, nach denen es keine Diskussion gibt, bleibe dahingestellt, ebenso, was für Motive Professor Dehn und seine Auftraggeber gehabt haben mögen. Ich selbst konnte seinen Vortrag nicht besuchen und erfuhr davon damals bloß durch ein kurzes Referat in der „Neuen Zürcher Zeitung", das mich, so schief mir Professor Dehns Behauptungen vorkamen, doch zu keiner Gegenäußerung veranlaßte. Erst hinterher habe ich mehr erfahren und auch den Vortrag gelesen. Nun bin ich froh, daß ich nicht Zuhörer gewesen bin. Denn es wäre mir nicht gerade leicht gefallen, einer so raffiniert unrichtigen Darstellung meines Wollens (Theologen sind ja in derartigen Künsten besonders geübt) zuzuhören, ohne widersprechen zu dürfen.

Denn durch und durch unrichtig, ja unwahr ist seine Darstellung. Unwahr, weil Professor Dehn in der Lage war, den Sachverhalt zu kennen. Er ist ja selbst einst religiöser Sozialist gewesen und weiß, worum es sich handelt. Nun hat man gewiß das Recht, Ansichten zu wechseln, aber es zeigt sich dann, aus welchem Metall ein Charakter ist. Man kann dann eine Sache, die man aufgegeben hat, in ihrem wirklichen Sinn, so wie ihre Träger selbst sie verstehen, ja vielleicht sogar noch tiefer und gerechter, darstellen und entsprechend bekämpfen, oder man kann sie *entstellen*. Letzteres ist das *Gewöhnliche*, in *jedem* Sinn des Wortes.

Und es ist auch die Methode, die Professor Dehn, besonders in der Darstellung *meines* Wollens, angewendet hat. Sehr gewöhnlich ist in der Tat diese Methode! Es ist die Kunst entstellenden *Zitierens*. Diese Entstellung wird so weit getrieben, daß man von *Verfälschung* des Sinnes reden muß. Denn die Zitate, die Professor Dehn bringt, werden aus einem Zusammenhang gerissen, der ihnen ein ganz anderes Licht gibt, als sie nun in seiner Darstellung haben. Aber noch mehr: sie sind mit einer wirklichen Kunst aus der Fülle all meiner Aeußerungen über dieses Thema meines Lebens herausgesucht, die ganz anders lautenden aber sind verschwiegen. Von meinem Blumhardtbuch, von meiner Kritik des Sozialismus und meiner positiven Darstellung meines Wollens, vor allem auch von meinem Cauber Vortrag [1]) weiß Professor Dehn nichts, d. h. er verschweigt das Wesentliche und sucht etwas heraus, was seinem Zwecke dient. Und natürlich ist es zuletzt keine Hexerei, aus all meinen Ausführungen über Christentum und Sozialismus ein paar Sätze herauszufischen, die sich dafür eignen. Daß nach Aussage meiner Freunde, die den Vortrag anhörten, diese Zitate noch dazu in einem Ton vorgetragen wurden, der als Ironie, ja Hohn wirkte, ist die Krönung dieses „dialektischen" Verfahrens.

Ich will die Zitierungsmethode Professor Dehns an dem Hauptzitat, das er bringt, illustrieren. Aus dem Aufsatz „Unser Sozialismus" in dem Buche „Weltreich, Religion und Gottesherrschaft", der ausgerechnet den Zweck hat, eine scharfe Abgrenzung zwischen Christus und dem Sozialismus als rein politischer Bewegung vorzunehmen, greift er folgende Stelle heraus: „Wir sind zur Sozialdemokratie gegangen, weil wir darin etwas vom Gottesreich zu finden glaubten ... [Man beachte: „*etwas* vom Gottesreich", nicht „*das* Gottesreich".] Wir sahen in der Bewegung ein Aufbrechen der Wahrheit Christi. Denn hier tauchte ja im Gegensatz zu der vorhandenen die ganze Welt des Gottesreiches auf: an Stelle der Räuberwelt eine Welt der Solidarität, an Stelle der Herrschaft der Materie eine neue Herrschaft des Geistes, an Stelle des Mammons der Mensch, an Stelle der Macht das Dienen" und so fort. Aber er verschweigt, daß es unmittelbar vorher heißt: „Wir glaubten darin etwas vom Gottesreich zu entdecken. Das will, wie

[1]) In „*Reich Gottes — Marxismus — Nationalsozialismus*".

die Worte andeuten, durchaus nicht etwa ſagen, was man uns etwa zugetraut hat, daß wir in ihr ſchon *das* Gottesreich, das fertige und vollkommene geſehen hätten. Solche Torheit ſollte man Menſchen, die im übrigen doch gezeigt haben, daß ſie nicht von allem Verſtand und guten Urteil verlaſſen ſind, ohne Not nicht zutrauen. Wir haben die Fehler und Schatten der Sozialdemokratie immer geſehen, freilich mit Augen der Liebe und nicht des Haſſes, aber einer *ſehenden* Liebe, und eine ſolche ſieht beſſer als der Haß. Dieſe Fehler und Schatten haben uns wahrſcheinlich viel mehr Unruhe und Herzweh bereitet, als ihren Gegnern, denn ihnen waren ſie ja zum Teil eine Freude oder ſie ſtanden ihnen doch als kühle Richter gegenüber, wir aber fühlten uns dafür mitverantwortlich, wir nahmen ſie auf uns, wir trugen ſie mit. Aber trotzdem ſehen wir in der Bewegung ein Aufbrechen der Wahrheit Chriſti." (Ganz genau das gleiche ſagen Blumhardt und ihm nach Kutter immer wieder. Aber bei ihnen iſt es rein „religiös", bei mir bloß Sozialismus.)

Man ſieht auf den erſten Blick, wie verſchieden die von Profeſſor Dehn zitierten Worte ſich anhören mit oder ohne dieſen Zuſammenhang. Aber es ſtehen in jenem Aufſatz vorher und nachher noch Stellen, darunter fettgedruckte, in Hülle und Fülle, die deutlich genug meine wahre Meinung kundtun. Z. B.: *„Wir wollten einfach im Namen Gottes und Chriſti, denen wir dienten, in aller Stille das tun, was recht war, wollten der Wahrheit Gottes und Chriſti die Ehre geben, unbekümmert um den Erfolg.* Wir glaubten dabei freilich, daß infolge von äußeren und inneren Kriſen, auch eines Umſchwunges der allgemeinen Kultur, die Sozialdemokratie dazu kommen werde, das was an Gottesreichswahrheit in ihr ſei, reiner zu entwickeln, die entſtellenden Hüllen abzuſtreifen und zuletzt ſich zu dem Gott, dem ſie unbewußt diente, bewußt zu bekennen. Wir hofften, vor allem auf ein Kommen des Gottesreiches in Form eines Erwachens der ganzen Chriſtenheit oder einer ſonſtigen ſtarken neuen Ausgießung des Geiſtes, und erwarteten, daß davon auch die Sozialdemokratie mitgeriſſen werde. Wir hatten ja immer eine Hoffnung, die über die Sozialdemokratie, ja auch über den Sozialismus hinausging. Es iſt ganz verkehrt, wenn man meint, wir hätten uns der Sozialdemokratie zugewendet, weil dieſe uns das Gottesreich verwirklichen ſollte. Das genaue Gegenteil iſt richtig: gerade weil wir an das Gottesreich glaubten, das *unabhängig* iſt von der Sozialdemokratie und unendlich *größer* als ſie und wir etwas davon geſpürt hatten, bekamen wir die Möglichkeit und den Antrieb, es auch in ihr zu ſehen und uns mit ihr zu verbinden. Sie war uns — das iſt die endgültige Formel — ein Zeichen des Abfalls der Chriſtenheit, aber auch eine Verheißung eines neuen Kommens des Reiches Gottes. Sie war eine gewaltige Mahnung Gottes. Was ſie vertrat, war nicht *alle* Wahrheit des Reiches, aber wir ſahen dieſe doch hinter ihr. Sie war eine erſte Welle, auf welche andere, tiefere, reinere, vollere folgen mußten. Wir aber bekannten uns, indem wir zur Sozialdemokratie gingen, zu *unſerm* Gott, zu *unſerm* Chriſtus und zu ihrem Reich." *„Wir ſind entſchloſſen, künftig mit entfalteten Fahnen nur dem ganzen und echten Gottesreich zu dienen." „Ein Kommen Gottes in neuer Liebe und neuer Gemeinſchaft der Liebe — das iſt das Eine, was not iſt."* Das iſt im Jahre 1917 geſagt, im Zuſammenhang mit einer ſcharfen Kritik des Marxismus und der tatſächlichen Sozialdemokratie. Hätte Profeſſor Dehn *dieſe* Stellen vorgeleſen, wie er loyaler Weiſe hätte tun müſſen, dann hätte er es allerdings ſchwerer gehabt, meine Denkweiſe ins Licht der Lächerlichkeit zu rücken, aber er wäre ein *redlicherer* Gegner geweſen.

So viel von dieſer allzu gewöhnlichen Kampfweiſe.

Gewöhnlich in jedem Sinn iſt aber auch die *Theſe,* mit der Profeſſor Dehn ſeinen Feldzug beſtreitet. Es iſt die tauſendmal widerlegte und tauſendmal wiederholte Behauptung, daß wir Reich Gottes und Sozialismus verwechſelten. Dieſe Behauptung verbirgt ſich unter dem Stichwort der „Syntheſe" von Chriſtentum und Sozialismus, die ich vertreten ſolle. Wer auch nur eine Ahnung von meiner wirklichen Theſe hat, weiß, daß dieſes, übrigens ſehr unklare Stichwort auf mein

Wollen nicht zutrifft. Was Profeſſor Dehn als Bekämpfer des religiöſen Sozialismus von Halle in die Schweiz gebracht hat, das iſt, wie man bereits gemerkt haben wird, das verbrauchte Kliſchee, das nun ſeit Jahrzehnten Leute handhaben, die zum weitaus größten Teil nie ein Buch oder auch nur einen größeren Aufſatz von mir über ein zentrales Thema geleſen haben, aber einer dem andern nachſchwatzen und irgend ein mißbräuchliches Zitat entlehnen. Dieſe Art redet viel von „Wort Gottes", daß aber im Wort Gottes auch das Verbot des falſchen Zeugniſſes ſteht, vergeſſen ſie ob ihrem Eifer für Gott und ſein Wort und für das reine Evangelium. Das Kliſchee iſt: Blumhardt, der Mann Gottes, der das Evangelium als Hoffnung wieder entdeckt, Kutter als Prophet, der den lebendigen Gott verkündet, Ragaz, der das Reich Gottes mit dem Sozialismus verwechſelt. Die ganz offenkundige Tatſache, daß ſowohl Blumhardt als Kutter auf der politiſchen und ſozialiſtiſchen Linie ſogar bedeutend weiter als ich gegangen ſind, hindert dieſe Leute nicht. Blumhardt und Kutter „haben es halt anders gemeint", nur ich habe es nicht anders gemeint. Ich erkläre dieſer fable convenue gegenüber, hinter der ſehr viel allzumenſchliche Motive und Machinationen ſtecken, von denen ich nur gezwungen einmal reden würde, ein für allemal: *So wie Lejeune in ſeinem Vortrag auf Grund reichſter Orientierung Blumhardts Stellung zum Sozialismus darſtellt, ſo iſt auch die meinige;* ſo iſt ſie *immer* geweſen. Selbſtverſtändlich habe ich ſie nicht mit der gleichen Vollmacht und Reinheit wie Blumhardt vertreten, aber im *Weſen* war ſie immer die gleiche. Nichts fiele mir leichter als dies durch Zitate ohne Ende zu beweiſen, und zwar von meiner religiös-ſozialen Anfangszeit an. Ich ſage darum ruhig: *Man wage ſich an Blumhardt ſelbſt.* Profeſſor Dehn hat es einſt im „Neuwerk" getan; er iſt nicht davor zurückgeſchreckt, einer religiöſen Mode folgend, auch Blumhardt „Titanismus" vorzuwerfen. In ſeinen Spuren wandelt als enfant terrible Schütz, in dem von Lejeune erwähnten lächerlichen Buche, nur daß nun „Säkularismus" ſein Stichwort iſt — ein noch moderneres Modewort. Aber in der Schweiz war es ſtrategiſch richtiger, Ragaz anzugreifen und zu entwerten. Strategiſch richtiger . . .!

Ich habe von theologiſchen Modeſtichworten geredet. Neben dem „Titanismus" und dem „Säkularismus" iſt ein weiteres das von der „Autonomie", worunter man in dieſen Kreiſen ein rein menſchliches, vielleicht überhebliches Streben nach Selbſterlöſung, ja eine Verdrängung Gottes durch den Menſchen verſteht. Durch dieſes Stichwort wird bei Profeſſor Dehn auch der ganze Sozialismus gekennzeichnet. Alſo das Leiden und Sehnen des Proletariates, ſeine Hoffnung auf einen Tag der Gerechtigkeit (*das* iſt's ja, was wir im Auge haben), wird von einer Theologie, deren Herz zu Eis geworden iſt, in die große moderne Theologenhölle der „Autonomie", „Selbſterlöſung" und „Selbſtvergottung" geworfen. Dieſe Argumentation, die nun auch ein Kliſchee geworden iſt, deſſen Geiſtloſigkeit mit einer gewiſſen Anwendung geſchichtsmaterialiſtiſcher Theſen wetteifert, wendet Profeſſor Dehn auf das Verhältnis von Chriſtentum und Sozialismus an. Gegenüber der Auffaſſung Blumhardts vertritt er die Theſe, man dürfe vom Evangelium aus weder von einem heiligen Kapitalismus, noch von einem heiligen Sozialismus reden (von dem im übrigen niemand von uns je geredet hat), ſondern müſſe als Chriſt auch den Sozialismus und überhaupt das ſoziale Problem als eine rein *profane* Sache rein „ſachlich" behandeln. Was dieſes „ſachlich" bedeute, darüber bleibt er uns die Antwort ſchuldig. Auch wir wollen „ſachlich" ſein. Die Frage iſt nur, welches die „Sachlichkeit" iſt, um die es ſich handelt. Und da erkläre ich nun: *Gegenüber der Höhe und Tiefe der Blumhardtſchen Auffaſſung, die durch eine perſönliche Haltung ihren ganzen Sinn bekommt, iſt die von Profeſſor Dehn verkündete ſchlechterdings armſelig.* Armſelig, weder dem Evangelium gemäß und der Art und Haltung Jeſu entſprechend, noch tief, noch klar. Armſelig iſt es, wenn man, nachdem uns ein prophetiſch-apoſtoliſcher Mann wie Blumhardt geſchenkt worden iſt, über den Sinn der ſozialen Bewegung, deren Teil der Sozialismus iſt, vom Glauben an den Gott der Bibel aus nicht mehr zu ſagen

weiß, als die paar tiefſinnig ſein ſollenden, in Wirklichkeit nichtsſagenden Sätze, die Profeſſor Dehn als neue Offenbarung von der Saale her an Aare, Rhein und Limmat getragen hat.

Wenn behauptet wird (z. B. in der „Neuen Zürcher Zeitung"), daß das nun die Auffaſſung der ganzen heutigen Theologengeneration ſei (was doch ſehr zu bezweifeln iſt), ſo wäre das nur ein Beweis dafür, daß dieſe nicht mehr fähig ſei, jene Höhe und Tiefe der Auffaſſung Blumhardts auch nur zu verſtehen. *Sie* aber wird einſt gelten, nicht die freilich ſehr *bequeme*, aber armſelige Weisheit gewiſſer Epigonen.

Die Schweiz im Lichte der Genfer Ereigniſſe. Die Genfer Ereigniſſe, ſowohl das, was am 9. November, als das, was nachher geſchehen iſt, werden ſich als ſo bedeutſam und folgenſchwer erweiſen, daß es Pflicht iſt, ihnen gegenüber weiter den Wahrheitsdienſt zu üben. Nichts wäre verkehrter als zu ſagen: „Wir wollen das endlich ruhen laſſen; es wird uns langweilig!" Das ruht eben nicht, bis es in Ordnung iſt, und wer ſich langweilt — nun, der gehe ins Kino!

Eine Vorbemerkung: Vor mir liegen ein paar Dutzend ſchriftliche Ausſagen von Augen- und Ohrenzeugen der Ereigniſſe vom 9. November, wozu noch eine Reihe von mündlichen gekommen ſind. Die Zeugen ſind zum größeren Teil weder Sozialiſten noch Antimilitariſten, aber ihre Ausſagen ſind für die bürgerlich-militariſtiſche Darſtellung jener Ereigniſſe völlig vernichtend. Völlige Einſtimmigkeit herrſcht in bezug auf folgende Punkte: Es gab keinen Grund für ein Eingreifen des Militärs. Die Polizei war, ohne Verſtärkung herbeizuziehen und ohne zu ſchießen, vollkommen Herr der Lage geblieben. Erſt das Erſcheinen des Militärs ſchuf leidenſchaftliche Erregung. Die ſeltſame Art, wie man es aufmarſchieren ließ, ſieht wie bewußte Provokation aus und hat jedenfalls als Provokation gewirkt. Die „Mißhandlung" eines Teils der Soldaten hat weſentlich in ihrer Entwaffnung beſtanden, die aber meiſtens ohne Zwang geſchah. Von ernſthaften Verletzungen von Soldaten keine Rede. Niemand hat aus den Reihen der Manifeſtanten ſchießen gehört. Niemand weiß etwas von geworfenen Pflaſterſteinen; das Pflaſter beſteht aus Aſphalt. Auch das Werfen von Pfeffer hat niemand geſehen, es kann alſo nur eine ſehr kleine Rolle geſpielt haben. Nicole hat vor dem Mitnehmen von Waffen gewarnt. Er hat zur Ruhe gemahnt. Von der Revolution hat er geredet, aber als von etwas Künftigem; übrigens haben nur ganz wenige ihn gehört. Ein an jenem Abend geplanter Umſturz iſt eine Lächerlichkeit. Nicht mehr als ein Zehntel der Manifeſtanten ſind Sozialiſten geweſen. Die Polizei war auf keine Weiſe bedroht, noch weniger die Soldaten. Die Zahl der Manifeſtanten auf dem Platze unmittelbar vor ihr war kleiner als die der Truppe. Von einer Warnung hat ſozuſagen niemand etwas gehört.

Dieſer Tatbeſtand wird ſo einmütig feſtgeſtellt und die Ausſagen klingen ſo abſolut glaubwürdig, daß ein Zweifel darüber, wer an den Ereigniſſen jenes Abends, beſonders an dem mörderiſchen Schießen, die überwiegende Schuld trägt, gar nicht mehr möglich iſt.

Und nun vergleiche man damit das Gebaren der bürgerlichen Preſſe und der Behörden! Auch die Verhandlungen in der Bundesverſammlung. Ich habe ſchon das letztemal darüber eine kurze Bemerkung gemacht. Die Reden der Bürgerlichen waren ein Ablaufen der phonographiſchen Platte, die ihnen das Syſtem durch ſeine Preſſe geliefert. Nur ein katholiſcher Sprecher ließ wenigſtens etwas von höheren Geſichtspunkten durchblicken, aber bloß, um daraus für ſeine Partei Gewinn zu ſchlagen. Die beiden Sprecher des Bundesrates, Häberlin und Minger, wandten, wohl der Unwahrheit der bürgerlich-militäriſchen Darſtellung des Abends vom 9. November bewußt, die Methode der Ablenkung auf den Kommunismus an — eine ja ſehr bewährte Methode. Man hat ja wohl inzwiſchen allerlei Dokumente geſammelt, die beweiſen ſollen und wohl auch können, daß die Kommuniſten eine Revolution erhoffen und planen. Das iſt wahrhaftig nichts Neues. Auch die Sozialdemokraten wollen eine ſolche. Die Frage iſt bloß, welcher Art

ſie ſein ſoll. Und nun iſt der Begriff der „Revolution“ von der bürgerlichen Seite ſo gehandhabt worden, daß darunter immer ein blutiger und gewalttätiger Umſturz in Form des Bürgerkrieges zu verſtehen war. Es iſt ein armſeliger Trick. Daß er ſo leicht ſeinen Zweck erreicht, iſt aber auch Schuld derjenigen in der Sozialdemokratie, die ſelbſt kindiſch damit ſpielen und die Phraſe von der „Diktatur des Proletariates“, die bei uns eine vollendete Lächerlichkeit iſt, auf dem Gewiſſen haben. Trotzdem — es iſt klar, daß man dieſen Trick nicht dulden darf: auf Grund der Tatſache, daß es ſolche Revolutionstheorien gibt, aus der im Weſentlichen harmloſen Manifeſtation jenes Abends einen geplanten gewaltſamen Umſturz zu machen. Ebenſogut könnte man aus der Verſammlung der Union Nationale und dem Verhalten der Regierung und des Militärs den Plan einer blutigen und gewalttätigen Gegenrevolution in Form des Bürgerkrieges machen. Auch dafür gibt es ja ganz ſicher Pläne und Dokumente; man ſucht ſie aber nicht auf. Ebenſogut, nämlich in der Theorie; in der Praxis aber noch ſehr viel leichter — denn auf *ihr* Konto kommen die dreizehn Toten und ſiebzig (ſo viele ſind es) Verletzten. Wohin kämen wir aber, wenn wir Gedanken und Träume ſchon mit Taten verwechſelten?

Der Bundesrat hat ſich, wie ja nicht anders zu erwarten war, wieder als gehorſamer Diener der bürgerlichen Parteien erwieſen. Von einem überlegenen Standpunkt keine Spur. Die Predigttöne Häberlins konnten, weil damit keine Anerkennung der Wahrheit verbunden war, ſelbſtverſtändlich keine Wirkung tun. Da hätte halt ein *Gadient* hergehört, ein *Mann.* Statt deſſen hat Minger den traurigen Mut gehabt, jenen Soldaten, die Werkzeuge eines die Schweiz ſchwer verſtörenden Verbrechens geworden ſind, noch extra zu *danken.* Schließlich hat ſich die ganze Bürgerlichkeit zu einer Erklärung zuſammengefunden, die auf Grund jener durch und durch unwahren, ja verlogenen Darſtellung der Vorgänge vom 9. November eine neue Lex Häberlin verlangt.

Wenn alſo die Haltung der Bürgerlichen, der Bundesrat inbegriffen, über die Maßen kläglich war, ſo kann man leider nicht ſagen, daß ſich die der Sozialdemokraten auf der Höhe des Augenblicks befunden habe. Schon das mußte auffallen, daß die intellektuell und moraliſch Berufenſten unter ihnen gar nicht das Wort ergriffen. Das mag nun durch die erzwungene Abkürzung der Diskuſſion verſchuldet ſein. Aber man ſpürt wenigſtens in den Referaten über die ſozialiſtiſchen Reden keine Kraft. Auch hielt man ſich viel zu ſehr in der Defenſive. Mit alledem verdiente man ſich das bürgerliche Lob der Bravheit. Wie anders hätten ſich da ein Greulich und Naine geſtellt. Es iſt nicht das erſtemal, daß man erſtaunt ſein muß, Leute, die ſonſt im Auftun des Mundes wahrhaftig nicht ſchüchtern ſind, wie der größere Teil der ſozialdemokratiſchen Redner zu dieſer Sache, auf einmal recht kleinlaut werden zu ſehen, wo nun ſtarkes und ſtärkſtes Reden nötig geweſen wäre. Den Grund dieſer Tatſache mag der Leſer ſelbſt erforſchen. Vor allem aber iſt eins zu ſagen: Mit ganz ungleich größerer Kraft und Leidenſchaft hätte gegen den jenen Ereigniſſen folgenden Juſtizſkandal proteſtiert und Sühne für das Geſchehene gefordert werden müſſen. Warum fehlte es an dieſer Kraft und Leidenſchaft?

Inzwiſchen fährt man in der Einbringung der reaktionären Ernte eifrig fort. Die neue Lex Häberlin werden wir erwarten müſſen. Daß ſie ſich vor allem gegen die Antimiliariſten richten wird, vor allem gegen uns, iſt ſicher. Denn der Teil des Bürgertums, deſſen einzige und letzte Hoffnung die Armee iſt (ſie hat *darin* ihren Zweck und Sinn), iſt durch die Unſicherheit dieſer Stütze, die ſich in Genf gezeigt hat, tief beunruhigt und ſucht den Sündenbock zu treffen. In Genf hat man zunächſt einmal eine kantonale Lex Häberlin geſchaffen. Es dürfen keine politiſchen Verſammlungen ohne vorherige Ankündigung abgehalten werden. Die Polizei iſt für Abwehr von „Aufruhr“ auszurüſten. Vorbereitungen für einen ſolchen ſind ſtrafbar. Zugegeben, daß dergleichen nötig ſei (aber dann auch nach *rechts* hin), ſo ſind doch ſolche Formeln dehnbar und können leicht zur Unterdrückung der freien Gedankenbewegung werden. Vor allem aber iſt eins gewiß:

wenn es ſo weit gekommen iſt, dann iſt das ein Bankrott der ſchweizeriſchen Demokratie.

Es iſt auch noch ein Wort über die Ausſchließung der Kommuniſten aus den eidgenöſſiſchen Anſtellungen zu ſagen. Dagegen muß man proteſtieren, gerade wenn man ſonſt den Kommunismus bekämpft. Das iſt Diktatur! Denn der Kommunismus iſt nun einmal eine Volksbewegung, die Parteiform annimmt, wie andere auch. Irgend einen „Umſturz" will jede neue und radikale Partei. Auch der frühere bürgerliche Radikalismus wollte das. Auch hier aber iſt zwiſchen Theorien und Taten zu unterſcheiden. Wenn man jede Bewegung, die radikale Aenderungen im Sinn hat, politiſch rechtlos machen will, nun, dann iſt man eben — Bolſchewiſt, anders geſagt: dann richte man auf dem Platz vor dem Bundespalais in Bern den Geßlerhut auf.

Aus dem gleichen Gedankengang heraus hat man in der Bundesverſammlung verſucht, dem Satus, d. h. der ſozialiſtiſchen Organiſation für Arbeiterſport einen Beitrag von 25 000 Franken zu entziehen, was nur durch geſchicktes Manövrieren und — in dieſem Falle — bundesrätliche Klugheit (d. h.: Angſt vor den antimilitariſtiſchen Folgen eines ſolchen Schrittes) verhindert worden iſt.

Der Juſtizſkandal geht ebenfalls weiter. Denn ein ſolcher iſt und bleibt eine Unterſuchung, welche von vornherein von Parteigeſichtspunkten ausgeht und die, welche zunächſt einmal als die Schuldigen daſtehen, das Militär und die Behörden, völlig unangetaſtet läßt. Sogar auf den Freiburger Krawall vom Sommer dehnt ſich die Revanche des Militarismus aus: die angeklagten Soldaten ſind zu im Vergleich zu der Unwichtigkeit der Vorgänge, die bloß Polizeicharakter hatten, ganz unerhört ſchweren Strafen (3, 2½ Monate, 17 Tage Gefängnis, 3, 3, 2 Jahre Ehrverluſt) verurteilt worden. Der Genfer Arbeiter Marcel Monnet, der zu einer Gruppe der Walliſer Soldaten, die am 12. November Genf beſetzten, geſagt hatte: „Ihr ſeid Arbeiter wie wir; wenn ſie euch befehlen, zu ſchießen, ſo ſchießt nicht, oder dann in die Luft", wurde dafür zu 60 Tagen Gefängnis und dreijähriger Einſtellung in der bürgerlichen Ehrenhaftigkeit, wie zu den Koſten verurteilt. Ebenſo erhielten ſieben Lauſanner Arbeiter, die an einer Parteidemonſtration teilgenommen hatten, bei der es einen Konflikt mit der Polizei gab, an dem dieſe die Hauptſchuld hatte, 30 Tage Gefängnis und Entzug der Ehrenrechte für 3 Jahre, einer ſogar 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Entzug der Ehrenrechte.[1])

Damit kommen wir zu der vielleicht bedenklichſten Seite der Sache: dem Verhalten unſeres *Militarismus*. Und hier iſt eines hervorzuheben: Wenn der oſtentative Dank für die Hinmetzelung von dreizehn Mitbürgern und Verletzung von ſiebzig derſelben aus dem Munde eines Bundesrates ſchon ein ſchwerer Skandal iſt, ſo iſt das noch viel mehr die Beförderung jenes Offiziers, der den Befehl zum Schießen gab, des Oberſten Léderrey, der zum Diviſionsinſtruktor ernannt worden iſt. Als in Amritſar General Dyer ebenſo ohne irgend eine Not in eine Verſammlung von tauſenden von wehrloſen Indiern ſchießen ließ (was zum Beginn der indiſchen Erhebung wurde), da hat man den ſchuldigen Offizier doch gemaßregelt, wenn auch viel zu milde, wir aber *belohnen* einen, der mutatis mutandis das gleiche getan, ja ſogar auf Mitbürger geſchoſſen hat, durch Beförderung! Wohin muß ſolche militariſtiſche Frechheit führen? Wie groß dieſe Frechheit geworden iſt, beweiſen auch folgende Tatſachen: In einem Artikel der „Allgemeinen Schweizeriſchen Militärzeitung" zu den Genfer Ereigniſſen heißt es u. a.: „Iſt eine Truppe einmal eingeſetzt, ſo iſt es ihre Pflicht, gegebenenfalls ihre Waffe reſtlos anzuwenden und auszunützen. Mit Gewehren und Maſchinen-

[1]) Lauſanner Briefträger, deren einziges Verbrechen iſt, daß ſie das verbotene Blatt „Le drapeau rouge" verbreiteten, bekamen einer 26 Tage Gefängnis und 3 Jahre Einſtellung im Aktivbürgerrecht, einer 5 Tage Gefängnis und 3 Jahre Einſtellung, zwei je 100 Fr. Buße. Zwei Frauen bekamen dafür 200 und 100 Fr. Buße. Ein Lehrling wurde dem Korrektionsgericht überwieſen.

gewehren darf nicht Pfänderſpiel getrieben werden..." „Vorſchläge wie Blindſchießen oder in die Luft ſchießen [was in allen Heeren bei ſolchen Anläſſen als Warnung ſelbſtverſtändlich iſt] ſind derartig kindiſch banaler Natur, daß ſie beweiſen, daß man ſich nie ernſthaft mit der Technik alter und neuer Revolution befaßt hat." Die Manifeſtanten aber werden in Bauſch und Bogen „verbrecheriſches Geſindel" genannt. Und nun komme einer noch und ſage, es gäbe keinen ſchweizeriſchen Militarismus! Es iſt ſogar der blödeſte und brutalſte von allen, die es gibt! Den Geiſt dieſes Militarismus und wohl auch ein Motiv jenes verbrecheriſchen Schießens beleuchtet auch ein Satz aus einer Erklärung, die der Präſident der Baſler Ortsgruppe der Liga für Menſchen- und Bürgerrechte und Vorortsgruppe der Schweiz (wie man vernimmt ohne Vollmacht) veröffentlicht hat: „Die Demonſtranten glaubten, ...in Genf dürften ſie die Soldaten mißhandeln, entwaffnen, die Truppe verhöhnen. In einer fürchterlichen Lektion iſt dann dem ganzen Volke energiſch zum Bewußtſein gebracht worden, *daß Schweizermilitär ſich nicht ungeſtraft ſchänden läßt.*" [Vom Verfaſſer geſperrt!] Ebenſo wird die Frechheit dieſes abgeleugneten ſchweizeriſchen Militarismus durch einen Vorfall illuſtriert, der ſich letzten Frühling in Aarau abſpielte: Als dort durch Verbreitung eines Flugblattes unter den Rekruten antimilitariſtiſche Agitation getrieben wurde, ging eine Offizierspatrouille in die Stadt und verhaftete den Mann, der dieſes Blatt verbreitet hatte. Auf eine Interpellation hin erwiderte der Bundesrat, das Militär habe zu ſolchen Eingriffen das Recht, denn es ſei ja zum Schutze von „Ruhe und Ordnung" da! Nicht weniger bezeichnend iſt, daß ein Mann wie der *Oberſt Sonderegger,* einer der ſchlimmſten Agenten der Rüſtungsinduſtrie, ſich in Vorträgen und Aufſätzen über die Aufrüſtung der Schweiz ſo in den Vordergrund drängen darf. Es iſt ein ganz ſchlimmes Zeichen!

Ich füge noch zur Beleuchtung des Friedensinſtrumentes, das ja das Milizheer ſein ſoll, hinzu, daß jedes Jahr ausgerechnet unmittelbar nach Weihnachten ein die Zeitungen ausfüllendes Tableau der militäriſchen Kurſe und Beförderungen veröffentlicht wird.

In dieſen ganzen Zuſammenhang gehören auch einige andere Tatſachen. Erſtens: Siebzehn Schweizerbanken ſeien an der Hilfe für die Hinterziehung franzöſiſcher Steuern beteiligt. Sicherlich alles Militärpatrioten! Sodann: Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlicht (auch unmittelbar nach Weihnachten und gleichzeitig mit dem Poſtulat einer neuen Lex Häberlin) einen langen Artikel zu Gunſten des Waffen- und Munitionshandels nach dem Ausland. Endlich: *William Martin,* der unvergleichlich beſte Journaliſt der Schweiz, ſoweit die Erörterung *weltpolitiſcher* Probleme in Betracht kommt, verläßt das „Journal de Genève", das ſein Weltanſehen weſentlich ihm verdankt, und wird Profeſſor der Geſchichte an der Techniſchen Hochſchule in Zürich. Damit iſt nicht nur das „Journal de Genève" zu einem bloßen reaktionären Lokalblättchen geworden, ſondern auch eine der wertvollſten Stützen des Völkerbundes dahingefallen. William Martins freier und weiter Geiſt paßte ja längſt nicht mehr zu dem Geiſt, der im „Journal de Genève" ſonſt meiſtens weht. Wenn auch das Gerücht, daß Einflüſſe der Rüſtungsinduſtrie dieſen auffallenden Wechſel verſchuldet hätten, falſch ſein ſollte, ſo wird man doch nicht fehlgehen, wenn man ihn als ein Zeichen und einen Sieg der ſchweizeriſchen Reaktion anſieht.[1])

Man ſucht im Angeſicht der Lage, die durch all dieſe Tatſachen beleuchtet wird, nach Zeichen eines *beſſeren* Geiſtes. Iſt denn in der *bürgerlichen* und *chriſtlichen* Welt wirklich keine andere Stimme als die der blindwütigen Reaktion zu vernehmen? [2]) Leider kann ich davon nur wenig berichten. Die Kirchen

---

[1]) Wenn ſogar von *japaniſchen* Einflüſſen geredet wird, die in dieſer Sache eine Rolle geſpielt hätten, ſo iſt das ſehr bezeichnend.

[2]) Die ganze Blindwütigkeit dieſer Reaktion wird u. a. durch einen Artikel gekennzeichnet, den ein gewiſſer K. Z. (Karl Zimmerli) im „Freien Rätier" gegen Nationalrat Dr. Gadient und die religiös-ſozialen Pfarrer losgelaſſen hat. Weiter kann es nicht mehr gehen!

hüllen ſich in Schweigen. Man muß froh ſein, wenn ſie nicht bürgerlich-reaktionär mitwüten. Nur in den „Cahiers protestants" hat der Genfer Pfarrer und Profeſſor Auguſt Lemaître etwas andere Töne angeſchlagen, und im „Völkerbund" ſind ſeine Ausführungen teilweiſe wiedergegeben, zugleich mit einer Erklärung, die im Herbſt 1918 vor einer ähnlichen Lage Profeſſor Ernſt Bovet im Namen einer Reihe von bedeutenden Perſönlichkeiten der bürgerlichen Welt veröffentlicht hat. Ebenſo bringt das kirchliche Gemeindeblatt von Tablatt in St. Gallen wenigſtens das Problem zur Sprache. Aber wie traurig iſt die redaktionelle Haltung eines Blattes wie der „Nouvel Essor"! [1])

Meine Ausführungen über dieſe Dinge in dieſem Heft, wie in den beiden letzten, haben nur *einen* Zweck: Sie wollen die Lage beleuchten und die ſchwere Gefahr, die uns droht, klar machen, nichts anderes. Dazu iſt aber *Wahrheit* nötig. Und da ſcheint mir nun eines vor allem wichtig: *Jenes Genfer Unheil vom 9. November muß getilgt werden.* Es wird aber nur getilgt durch Gerechtigkeit und Liebe und durch *Sühne* für die ſchwere Schuld. Dieſe Sühne muß in einer richtigen und unparteiiſchen gerichtlichen Behandlung beſtehen. *Darauf muß mit unerbittlichem Ernſt gedrungen werden.* Das darf nicht liegen bleiben, ſonſt folgt daraus weiteres und noch ſchwereres Unheil. Jenes Blut darf nicht ungeſühnt bleiben. Es *ſchreit* nach Sühne. Wir alle aber wollen unſern Teil Schuld auf uns nehmen. Es iſt *gemeinſame* Sache!

Von der Dienſtverweigerung. 1. *Schweiz.* Ueber die ſchweizeriſchen Dienſtverweigerer gibt der „Kriegsdienſtgegner" in ſeiner letzten Nummer folgende Zuſammenſtellung: *Maurice Dubois* war kürzlich zwei Tage im Gefängnis, weil er ſeine Militärſteuer nicht bezahlte. *Willy Otter* aus Neuchâtel und *René Mingard* aus St. Blaiſe ſind aus demſelben Grund zu zehn Tagen verurteilt worden. *Willy Blaſer* aus Le Locle hat ſich geweigert, die Rekrutenſchule zu beſuchen und wurde deshalb zu einem Monat verurteilt. *Max Kinaſt* aus Genf hat ſich geweigert, zur militäriſchen Uebung einzurücken, und iſt vom Militärgericht zu zwei Monaten Gefängnis und zu zwei Jahren Verluſt der bürgerlichen Rechte verurteilt worden. Es iſt ſeine erſte Strafe. *Raymond Bertholet* aus Genf iſt am 21. September zum viertenmal vor dem Militärgericht wegen Verweigerung der Teilnahme an militäriſchen Uebungen erſchienen. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis, vier Jahren Verluſt der bürgerlichen Rechte und zur Ausſtoßung aus der Armee verurteilt. Seine früheren Strafen waren je zwei, drei und vier Monate Gefängnis.

Folgende Perſonen ſehen ihrem Prozeß entgegen: *E. Lyrer,* La Chaux-de-Fonds, zweite Anklage wegen Nichterſcheinens zur Waffenübung. *H. Vatré,* Genf, zweite Anklage wegen Nichterſcheinens bei der Rekrutenſchule. *Louis Flückiger,* La Chaux-de-Fonds, zweite Anklage wegen Nichterſcheinens bei der militäriſchen Inſpektion. *J. Tobler,* Genf, erſte Anklage wegen Nichterſcheinens beim Wiederholungskurſus. *A. Tronchet,* Genf, erſte Anklage wegen Nichtſtellung zum Sanitätsdienſt. *Mottier,* Theologieſtudent, Genf, erſte Klage, Nichtſtellung zum Militär.

2. *Frankreich.* Von den franzöſiſchen Kriegsdienſtverweigerern gibt der „Kriegsdienſtgegner" folgende Liſte: *Charles Launay* iſt jetzt im Gefängnis Cherche-Midi, Rue du Cherche Midi, Paris. *Jaques Martin,* ein Student der proteſtantiſchen Theologie, und *Pau,* befinden ſich in demſelben Gefängnis. *Emile Baulu* iſt zum zweitenmal verurteilt worden und verbüßt ſeine Strafe von einem Jahr in der Feſtung du Ha in Bordeaux. *Recipont,* der ſchon ein Jahr im Arreſt von Orléans, Loiret, verbracht hat, wurde im Auguſt verhaftet, weil er dem Stellungsbefehl nicht gehorchte. Die Obigen ſind neue Gefangene, die zu den früher aufgezählten hinzukommen. *Jaques Martin* iſt wegen Verweigerung des Militärdienſtes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Sein Fall hat in Frankreich ſelbſt ſehr viel Staub aufgewirbelt und iſt in der engliſchen und der anderen Preſſe vielfach beachtet worden. Einer der Zeugen im Prozeß ſagte: „Ich habe

[1]) Einen trefflichen Artikel bringt Pfarrer Max Heinz im „Diakonieboten".

den Eindruck, daß ich mich unter rechtlichen Menſchen befinde, aber der allerrechtlichſte iſt der Angeklagte." Jean Richard Bloch, der bekannte Schriftſteller und Offizier der Ehrenlegion, ſagte als Zeuge: „Wenn der Weltkrieg nicht jedem Krieg ein Ende ſetzt, hat er keinen Sinn gehabt; und wenn die jetzige Generation ſich nicht ſelbſt befreien kann, hatte der Sieg keinen Sinn." Andere Zeugen waren Coorman, ein proteſtantiſcher Geiſtlicher, Marc Sangnier, der bekannte katholiſche Pazifiſt, und einige Profeſſoren.

Die Fälle Charles Launay und Emile Baulu ſind von der Ligue Internationale des Jeunes contre la Guerre zu wertvoller Propaganda ausgenützt worden. Dieſe Organiſation hat Flugblätter ausgeſchickt, in denen es heißt: „Indem dieſe jungen Männer ihrem Gewiſſen gefolgt ſind und den Militärdienſt verweigert haben, dienen ſie der vornehmſten aller Bewegungen. Sie ſind die Opfer des Friedens; ſie haben das republikaniſche Schlagwort der Brüderlichkeit angewendet; ſie haben ihre Pflicht getan. Wir ehren und lieben dieſe tapferen Männer, die um der Zukunft der Menſchen willen arbeiten und leiden. Wir proteſtieren energiſch gegen ihre Verhaftung, denn es iſt unerträglich, daß ehrenhafte Männer wie Verbrecher behandelt werden. ‚Das Reich des Geſetzes hört dort auf, wo das Reich des Gewiſſens beginnt.' (Napoleon.)"

„Der Kriegsdienſtgegner" behauptet, es hätten nach offizieller Feſtſtellung in Frankreich „120 000 Männer den Kriegsdienſt verweigert". Was ſoll das heißen? Auf welchen Zeitraum bezieht ſich dieſe Angabe? Handelt es ſich einfach um ſolche, die ſich durch die Flucht ins Ausland oder ſonſtwie dem Militärdienſt *entzogen* haben? So wird es ja wohl gemeint ſein.

Ueber den Fall *Jacques Martin* ſoll, wenn möglich, noch ausführlicher berichtet werden.

3. In *Holland* ſind gegenwärtig 25 Verweigerer im Gefängnis oder der Verurteilung gewärtig.

4. In *Dänemark* ſcheint die Abneigung der radikalen Kriegsdienſtverweigerer gegen den Zivildienſt nachgelaſſen zu haben. Das Zivildienſtlager in Gribskow ſei überfüllt. Hunderte von den neuen Rekruten meldeten ſich dafür; in dem einzigen Städtchen Varde 36, während im jütländiſchen Doof 30 den Militärdienſt verweigerten. *Vig Knudſen* werde weiter gequält. Der Volkshochſchullehrer *Rudolf Lindholm* habe wegen Verweigerung 3 Monate Gefängnis bekommen.

5. Aus *Polen* und *Litauen* werden als beſonders ſtandhafte und tapfere Verweigerer *Platon Kosciewicz* und *Joſef Stankunas* genannt. Ihre Strafen ſind ſo hoch (Kosciewicz iſt nach Abbüßung eines Jahres zu weiteren zwei Jahren verurteilt worden, trotzdem er lungenkrank iſt, Stankunas zum drittenmal zu zwei Jahren) und die Behandlung ſo ſchlecht, daß ſie in einen Hungerſtreik getreten ſind. *Jan Minke* iſt das dritte Jahr im Gefängnis; *Dymitr Butkiewiecz,* Vater eines dreijährigen Knaben, verbüßt jetzt, nachdem er ſchon zweimal zu einem Jahr und vier Monaten verurteilt geweſen, eine Strafe von zwei Jahren. Eine noch ſchwerere Behandlung erfahre *Jan Zdaniewicz,* doch wird Genaueres nicht gemeldet. *Juozas Petrullis* endlich ſitzt ſchon mindeſtens ſieben Jahre wegen Verweigerung in einem litauiſchen Gefängnis.

Die meiſten dieſer Männer verweigern aus religiöſen Gründen, einige ſind Baptiſten.

6. Eine *Jugendkonferenz der Kriegsdienſtgegner* fand vom 1. bis 3. Auguſt des vergangenen Jahres auf der Inſel Lille Oxeoe in der Flensburger Förde ſtatt. Sie verhandelte über „Jugend, Kriegsdienſtverweigerung und Revolution" und über die „Internationale Zuſammenarbeit der Jugend gegen Krieg und Militarismus". Es waren 100 Delegierte aus 14 Ländern anweſend. Leiter ſind *Harold Bing,* Hull, England (90, Weſtbourne Avenue) und *Franz Rona,* Wien (Döblergaſſe 2/26).

7. Die *däniſchen* Gewerkſchaften der Matroſen, Hafenarbeiter und Heizer haben Beſchlüſſe gegen den Transport von Kriegsmaterial gefaßt und das Recht verlangt, verdächtige Ladungen zu unterſuchen. Aehnliches beſchließen die *argen-*

tiniſchen Lokomotivführer und Heizer für den Krieg zwiſchen Bolivien und Paraguay.

8. Ein *belgiſcher* Sergeant, *Pierre van den Eeden*, zerbricht ſein Gewehr, wie ſein Regiment gegen den Bergarbeiterſtreik aufgeboten wird. „Ich werde nicht auf meine Brüder ſchießen." Die *ſozialiſtiſche Antikriegsliga* von Antwerpen erklärt: „Wir werden auf keinen Fall an Krieg teilnehmen."

9. Auch in *Südamerika* bilden ſich Gruppen der Internationale der Kriegsdienſtverweigerer.

Zur Pfadfinderfrage. Zur Fortſetzung des Diskuſſion über das Verhältnis des Pfadfindertums zum Militär und Militarismus bringe ich, ohne ſelbſt Stellung zu nehmen, die zwei folgenden Dokumente:

I.

Die *Pfadfinder*-Organiſation in den *Vereinigten Staaten* zählt beinahe eine Million Mitglieder; ſie iſt über das ganze Land verbreitet und bildet die einzige Jugend-Organiſation[?]. Die Pfadfinder leiſten einen Schwur, daß ſie ihre Pflicht gegenüber Gott und Vaterland erfüllen werden. Dreißig Prozent aller weißraſſigen Jungen ſind Pfadfinder, fünfzig Prozent der Studenten ſind es geweſen. In den Sommer-Camps findet jeden Morgen beim Hiſſen der Flagge eine Paradezeremonie ſtatt. Mittags werden auf ſtreng militäriſche Weiſe Parolen ausgegeben. Manchmal findet abends eine große Flaggenparade ſtatt. Die Pfadfinderbewegung in Amerika nimmt einen pazifiſtiſchen Standpunkt ein. Sie findet den Krieg abſcheulich und verurteilt den Militarismus in jeder Form. Das Militär-Wochenblatt Nr. 40, aus dem wir dieſe Mitteilungen übernehmen, fügt aber hinzu, daß das Kriegsminiſterium dieſer Bewegung dennoch volle Sympathie entgegenbringt, und es gibt die Auffaſſung der Offiziere mit den folgenden Worten wieder: „Es kommt gar nicht darauf an, was in Theorie verkündigt wird, ſofern es nur in der Praxis auf etwas anderes hinausläuft. Sie entwickeln bei der Jugend die moraliſchen und die körperlichen Eigenſchaften, die auch vom Soldaten verlangt werden. Warum ſollen wir uns denn weiter darum kümmern?" Der falſche Wort-Pazifismus wird hierin wohl ſcharf an den Pranger geſtellt! Und daß die amerikaniſchen Offiziere den Sachverhalt richtig erfaßt haben, beweiſt das Schlußwort des Artikels im M.-W.: „Den Pfadfindern iſt es zu danken, daß Amerika mehr und mehr über eine junge Generation verfügt, der Dienſt am Vaterland, Einordnung in die Geſamtheit, militäriſche Diſziplin und für den Felddienſt wertvolle Kenntniſſe ſelbſtverſtändlich ſind." (Antimilitariſtiſcher Preſſedienſt.)

II.

Baſel, den 21. November 1932.

Sehr geehrter Herr Redaktor!

Zu meiner Verwunderung habe ich konſtatieren müſſen, daß Ihre Aufforderung zur Berichterſtattung über die Pfadfinderei und ihre Tendenzen kein direktes Echo gefunden haben, ſo daß Sie aus dem „Aufbau" berichten mußten. Als alter Pfadfinderführer fühle ich mich nun verpflichtet, Ihnen einige direkte Beobachtungen mitzuteilen:

Ich verfolge dieſe Jugendbewegung mitwirkend ſeit 1912. Gewiß beſtand einige Zeit die Gefahr, daß Militariſten, Politiker und geſellſchaftliche Gemeinſchaften die Abſicht hatten, ſich dieſer Erziehungsmethoden zu bemächtigen zu Selbſtzwecken; aber die weltweiten und grundtreuen Pläne des Gründers dieſer Bewegung vereitelten bald dieſe Nebenabſichten. Wer das Pfadfinderprogramm in ſeiner vollen Tiefe erfaßt und es dann, innerlich gedrungen, in Leben und Tat umzuſetzen beſtrebt iſt, der hat keine höhern Ziele mehr als Friede, Liebe und Dienſt an andern. Schon allein die Tatſache, daß Baden-Powell, der General, der alle Schrecken des Krieges miterlebt und ſelbſt durchgemacht hat, nun in ſeinem reifen Alter in allen ſeinen Werken die Jugend auffordert zu Friedens-

und Liebeswerken, zur Achtung gegen Andersdenkende und Andersſituierte, zur Wertſchätzung aller Raſſen, Stände und Religionen, beweiſt, daß er einen Weg geöffnet hat zur wirkſamen Beſeitigung von Chauvinismus, Mißtrauen und Streit. Für mich war es ein recht ſchmerzlicher Schlag, als die Leitung der Gewerkſchaften die Pfadfinderei als eine Machenſchaft der Bourgeoiſie erklärte und damit einen verderblichen Graben zwiſchen der Jugend verſchiedener Stände ſchaufelte. Ich hoffe, daß der Wahrheitsgehalt der Pfadfinderei einſt auch dieſe Verirrung überwinden werde, ſo daß unſere Jugend nicht durch Verhetzung getrennt, ſondern durch treues Zuſammenwirken geeint und zum Wohle der Geſamtheit gefördert werde. Jawohl, wir wollen aufmerkſam wachen über die Fortentwicklung der Bewegung! Jawohl, wir rufen auf zu treuer Mitwirkung! Je länger wir die Bewegung verfolgen, deſto größer wird ſie uns. Wer einmal unvoreingenommen ein Weltjamboree mitgemacht hat, der weiß beſtimmt, daß hier die Jugend erzogen wird zu Friede, Aufopferung und Liebe.

Hochachtend G. Lanz, Ofm., Bruderholzallee 212.

Ein Dank. Allen lieben Freunden, die mitgeholfen haben, das Heim für notleidende Kinder in Trogen zu ermöglichen, möchte ich im Namen des Vereins Bruderhilfe herzlich danken. Das Heim wurde am 1. Juli letzten Jahres eröffnet. Ein Trupp von 24 Kindern aus den Induſtriezentren Deutſchlands füllte es ſofort mit fröhlichem Leben. Dieſe Kinder blieben vier Wochen und erholten ſich überraſchend gut in der kurzen Zeit. Noch andere Kinder löſten ſie ab, die nun ſechs Wochen blieben, um wiederum andern Platz zu machen. Eine deutſche Schweſter hat ſich freiwillig zur Verfügung geſtellt, um das Heim zu leiten. Mit ihrer großen Mütterlichkeit und klaren Feſtigkeit verſteht ſie es ausgezeichnet, nicht nur eine Atmoſphäre ſonniger Fröhlichkeit zu ſchaffen, ſondern auch mit den beſchränkten Mitteln den Kindern alles Nötige zukommen zu laſſen. Die Kinder haben freie Fahrt bis zur Schweizergrenze, erhalten aber ſonſt faſt keine Unterſtützung, ſo daß wir auf freiwillige Beiträge angewieſen ſind. Wir ſind ſehr froh um jedes neue Mitglied und begrüßen beſonders freudig ſolche Menſchen, welche die Arbeit auch ideell mittragen helfen und auch in ihrem Kreiſe weiter werben. Da unſer Verein international iſt, hoffen wir, durch unſere Arbeit immer mehr mithelfen zu können, daß über die künſtlichen Grenzen hinüber die Menſchen einander in Bruderliebe gegenſeitig beiſteuern und einander verſtehen lernen. Im Namen des Vereins Bruderhilfe: Anna Schmid, Luzenberg (App.)

Verſammlungen. Aarau. Religiös-ſoziale Gruppe des Kantons Aargau. *Sonntag,* 29. Januar, nachmittags 2¼ Uhr, Verſammlung im Alkoholfreien Reſtaurant „Helvetia". Thema: *„Die gegenwärtige Lage und die Aufgabe des religiöſen Sozialismus."* Referent: *Dr. Leonhard Ragaz.* Zu dieſer Verſammlung ſind alle Freunde der religiös-ſozialen Sache herzlich eingeladen.

Bern. Die Leſer der „Neuen Wege" werden freundlich eingeladen, die *Ausſpracheabende* über das Buch von J. Heering: „Der Sündenfall des Chriſtentums", zu beſuchen und auch Gäſte mitzubringen. Der nächſte Abend findet ſtatt am *Mittwoch, den 25. Januar,* 20 Uhr, im *Gemeindeſaal, Wallgaſſe 4.* Thema: *Das ſittliche Urteil über den Krieg.* Einleitendes Referat von *Marie Lanz.*

Verſtorbene. Eduard Bernſtein, der Begründer und Führer des „Reviſionismus" in der deutſchen Sozialdemokratie (vor allem durch ſeine Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie"), war einer jener Menſchen, bei denen es ſich zeigte, daß *Geſinnungen* mehr bedeuten als *Theorien.* Er, der Reviſioniſt, hat während des Krieges eine viel radikalere Haltung eingenommen, als viele radikale Schreier von früher, die ihn am liebſten auf einem Scheiterhaufen verbrannt hätten. Ein edler, ganzer, lauterer und feſter Mann, der ſeinen Sozialismus mit der alten deutſchen Gründlichkeit und Ehrlichkeit des Denkens und dem alten deutſchen Idealismus verband.